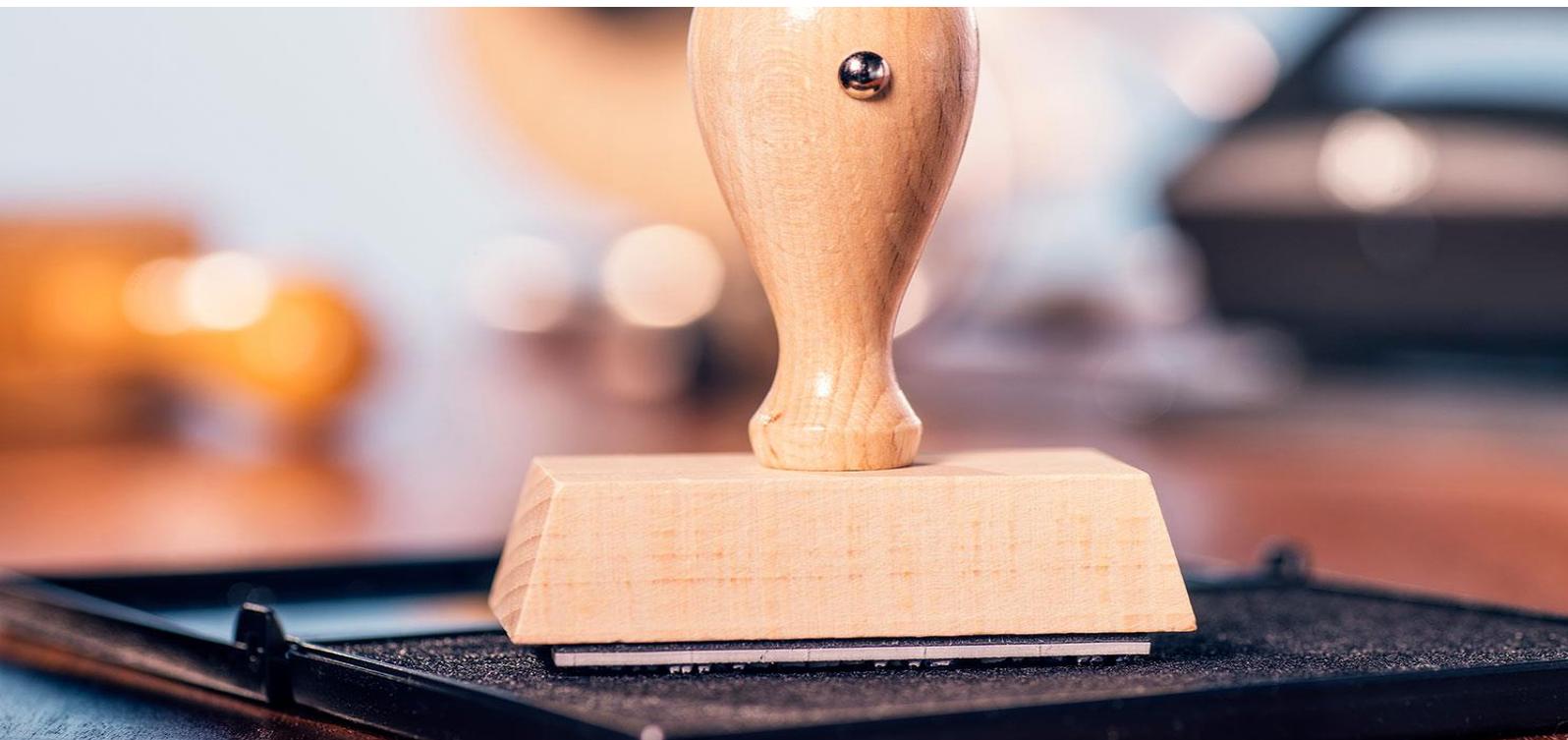


April 2020

# Abschaffung der Stempel- abgaben

Positionspapier der SBVg



## Abschaffung der Stempelabgaben

Die Abschaffung der Stempelabgaben ist ein langjähriges und wichtiges Anliegen der schweizerischen Finanzbranche. Die Stempel- und die Verrechnungssteuern sind wesentliche Standortnachteile. Konkurrenzstandorte wie London, Singapur oder Hongkong kennen keine vergleichbaren Abgaben.

### Position der SBVg

- Die Schweizerische Bankiervereinigung begrüsst die Parlamentarische Initiative «Stempelsteuer schrittweise abschaffen und Arbeitsplätze schaffen» (Parl. Iv. 09.503).
- Eine Abschaffung der Stempelabgabe ist nötig, um den Schweizer Kapitalmarkt zu stärken und damit die Standortattraktivität und Wettbewerbsfähigkeit unseres Finanzplatzes zu verbessern.
- Die SBVg fordert allerdings im Gegensatz zur Vorlage der Parlamentarischen Initiative,
  - dass die Abschaffung der Stempelabgaben in einer einzigen Gesetzesvorlage vorgenommen werden soll und nicht wie vorgeschlagen mit zwei separaten Gesetzesprojekten (Vorentwürfe 2 und 3).
  - Sollte aus finanzpolitischen Gründen eine Etappierung der Abschaffung nötig sein, so muss zuerst die Umsatzabgabe auf den ausländischen Wertschriften beseitigt werden, und dann diejenige auf den inländischen. Mit diesem Vorgehen kann die Entwicklung des Kapitalmarkts in einem ersten Schritt gestärkt werden.
  - Aufgrund des sachlogischen Zusammenhangs mit der Verrechnungssteuer und der Synergieeffekte muss die Abschaffung der Stempelabgaben mit der geplanten Reform der Verrechnungssteuer verknüpft werden.

Der Bankenplatz Schweiz gehört international zu den besten. Insgesamt werden hierzulande Vermögen in der Höhe von rund CHF 7,3 Billionen verwaltet. Davon stammt rund die Hälfte von Kunden im Ausland. Bei der grenzüberschreitenden Vermögensverwaltung ist der Finanzplatz Schweiz – mit einem Marktanteil von 27% – weltweit die Nummer eins. Das ist ein klares Zeichen für ein hohes Vertrauen in die Arbeit der Schweizer Banken. Diese Stellung verdankt die Schweiz zudem den attraktiven Standortbedingungen sowie der hohen Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der Branche.

Ein starker Wirtschafts- und Finanzplatz braucht einen starken Kapitalmarkt. Heute fährt der Schweizer Kapital-, Geld- und Kreditmarkt vor allem aufgrund steuerlicher Hürden jedoch mit angezogener Handbremse. So erhebt der Bund eine Emissionsabgabe auf Aktien von 1%. Zudem ist auf Käufen und Verkäufen inländischer und ausländischer Wertschriften jedes Mal eine Umsatzabgabe von 0,15 beziehungsweise 0,3% abzuliefern. Diese beiden Stempelabgaben stellen eine Emissions- und eine Handelsbremse dar.

Zusätzlich werden die Wertschriften mit einer Verrechnungssteuer belastet. Auf Zinsen und Dividenden von inländischen Wertschriften müssen die Emittenten 35% an der Quelle belasten und dem

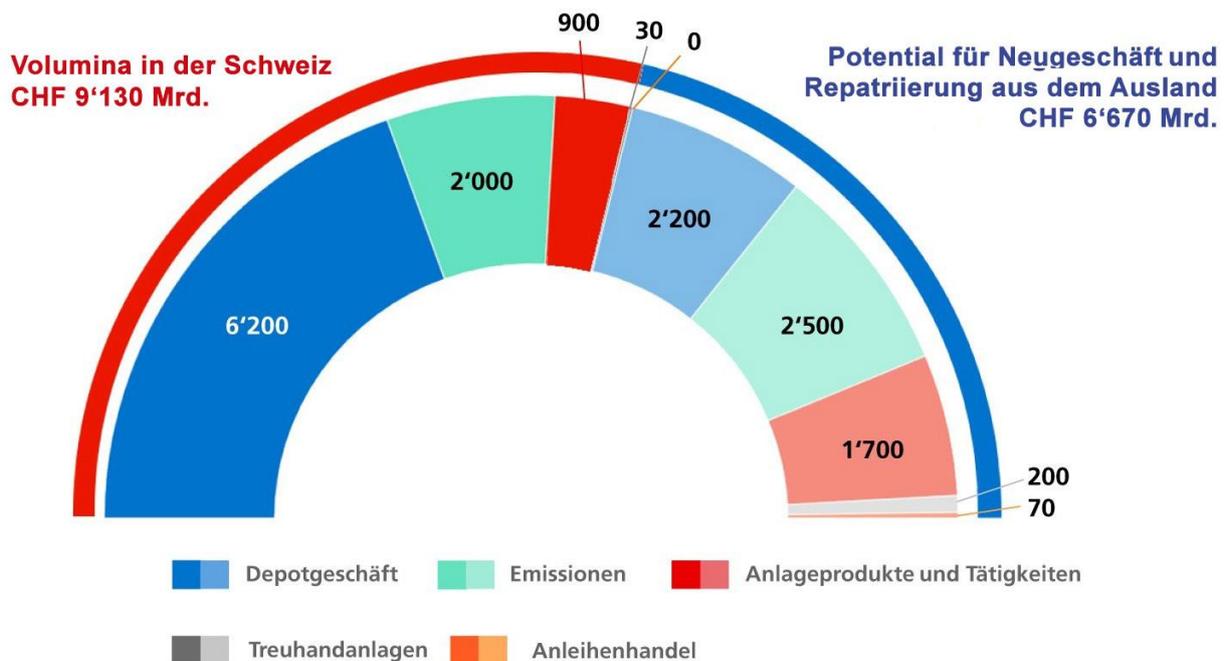
# SwissBanking

Fiskus überweisen. Der Investor erhält somit nur 65% vom Ertrag. Je nach Wohnsitzland kann er die restlichen 35% teilweise oder ganz zurückfordern. Die Verrechnungssteuer und die damit verbundenen aufwendigen Rückforderungsverfahren machen schweizerische Titel daher international unattraktiv.

## Brachliegendes Potential nutzen

Die Stempel- und die Verrechnungssteuer stellen einen wesentlichen Standortnachteil dar. Konkurrenzstandorte wie London, Singapur oder Hongkong kennen keine vergleichbaren Abgaben. Investoren, Banken und andere Finanzdienstleister lagern deshalb substanzielle Geschäftsvolumina an Konkurrenzstandorte im Ausland aus, um diese Volumina konkurrenzfähig anzulegen und zu bewirtschaften. Die Schweizerische Bankiervereinigung hat diese Verlagerung ins Ausland aufgrund des aktuellen Regimes der Verrechnungssteuer und der Stempelabgaben in fünf ausgewählten Geschäftsfeldern untersucht. Zudem wurde das künftige Potential für den Schweizer Finanzplatz geschätzt, wenn die Steuerhindernisse beseitigt würden. Dieses besteht aus der Repatriierung von heute ins Ausland ausgelagerten Geschäften und potentiellm Neugeschäft, welches vom Ausland in die Schweiz kommen wird.

Das heute im Inland bewirtschaftete Volumen in den fünf untersuchten Geschäftsfeldern beträgt rund CHF 9'130 Milliarden. Das heute ins Ausland verlagerte Volumen sowie das künftige Potential an Neugeschäft beträgt rund CHF 6'670 Milliarden. Bei einer Beseitigung der Steuerhindernisse der Verrechnungssteuer und der Stempelabgaben ergeben sich damit zusätzliche CHF 6'670 Milliarden, welche in der Schweiz bewirtschaftet werden könnten. Die geschätzten Volumina können grafisch wie folgt veranschaulicht werden (auf der linken Seite sind die Volumina im Inland ersichtlich und auf der rechten Seite das Potential für Repatriierung und Neugeschäft aus dem Ausland):



Quelle: SBVg, SNB  
© Schweizerische Bankiervereinigung SBVg 2019

## Geschäftsvolumen und geschätztes Potential im Detail

- **Treuhandanlagen:** Banken und weitere Finanzdienstleister in der Schweiz halten für ihre Kunden ein Volumen von rund CHF 200 Milliarden an Treuhandanlagen bei Banken im Ausland, z.B. in London oder den USA. Grund dafür ist meist die heutige Ausgestaltung der Verrechnungssteuer, die in der Schweiz sonst anfallen würde. Nur etwas über CHF 30 Milliarden liegen im Inland.
- **Depotgeschäft:** Banken in der Schweiz halten für ihre Kunden ein totales Volumen an Wertschriften von fast CHF 6'200 Milliarden. Ein Betrag von zusätzlichen rund 10% wird im Ausland gehalten, das sind über CHF 600 Milliarden. Der Grund sind die Stempelabgaben. Diese verhindern auch, dass neue Kunden in die Schweiz kommen. Ohne die Hindernisse der Stempelabgaben und der Verrechnungssteuer würde die Compound Annual Growth Rate bei 5% liegen und innert 10 Jahren zu über CHF 1'500 Milliarden an zusätzlichem Geschäftsvolumen führen. Gesamthaft ergibt sich ein Potential aus Repatriierung und Neugeschäft von rund CHF 2'200 Milliarden.
- **Emissionen:** Das Volumen der Schweizer Unternehmensanleihen beträgt CHF 500 Milliarden. Doch nur CHF 100 Milliarden sind aus der Schweiz heraus emittiert. Der Rest wird an Standorten wie den Kanalinseln, Inseln im Pazifik, Luxemburg oder Holland «produziert». Grund dafür ist die heutige Ausgestaltung der Verrechnungssteuer, die in der Schweiz anfallen würde. Die Emissionen von ausländischen Unternehmen in der Schweiz betragen lediglich CHF 14 Milliarden. Bei einer Reform der Verrechnungssteuer könnte die Schweiz das Niveau von Luxemburg erreichen, sprich CHF 1'200 Milliarden. Auch das Volumen der in der Schweiz emittierten Aktien von rund CHF 1'900 Milliarden liesse sich innert 10 Jahren um die Hälfte, d.h. um CHF 950 Milliarden steigern. Das Volumen im Inland beträgt somit rund CHF 2'000 Milliarden. Das gesamte Potential aus Repatriierung und Neugeschäft aus dem Ausland beläuft sich auf rund CHF 2'500 Milliarden.
- **Anlageprodukte:** Schweizer Banken halten in den Depots für ihre Kunden rund CHF 2'250 Milliarden an Anlagefonds. Doch nur rund CHF 900 Milliarden davon sind Schweizer Fonds. Fonds werden oft nicht in der Schweiz aufgelegt, sondern in Luxemburg, Irland, den Kanalinseln oder den Bahamas. Grund dafür sind u.a. die Steuerhindernisse in der Schweiz. Neben den Anlagefonds sind Banken in der Schweiz traditionell stark in der Emission und dem Vertrieb von strukturierten Finanzprodukten. Alleine im letzten Jahr wurden CHF 360 Milliarden emittiert, die meisten davon allerdings im Ausland wie z.B. Guernsey. Grund dafür sind die Schweizer Stempelabgaben und die heutige Ausgestaltung der Verrechnungssteuer. Gesamthaft ergibt sich ein Potential für die Repatriierung von Fonds und strukturierten Produkten von CHF 1'700 Milliarden.
- **Anleihenhandel:** Wegen den Stempelabgaben findet in der Schweiz beinahe kein Handel von Anleihen mit Laufzeiten unter einem Jahr statt. Die Steuer auf dem Handel wäre grösser als die Rendite. Das Volumen an Liquidität im Markt könnte ohne die Stempelabgaben um CHF 70 Milliarden gesteigert werden.

Im Juni 2019 hat der Bundesrat eine Studie der BAK Economics veröffentlicht. Sie untersucht die volkswirtschaftlichen Auswirkungen einer Abschaffung der Stempelabgaben und einer umfassenden

# • SwissBanking

Reform der Verrechnungssteuer. BAK Economics kommt zum Schluss, dass diese Reformen innert zehn Jahren zu einem Wachstum des Bruttoinlandprodukts von 1.4% führen. Dies entspricht **rund 22'000 neu geschaffenen Vollzeitstellen**.

Die **parlamentarische Initiative** "09.503 Stempelsteuer schrittweise abschaffen und Arbeitsplätze schaffen" setzt genau bei diesem wirtschaftlichen Potential an. Am 23. April 2020 wurde die öffentliche Vernehmlassung dazu abgeschlossen. Die Schweizerische Bankiervereinigung unterstützt diese parlamentarische Initiative voll und ganz und erwartet, dass das Parlament die Initiative zügig umsetzt.

## Kontaktadressen

**Urs Kapalle**, Leiter Tax Strategy  
urs.kapalle@sba.ch | +41 58 330 63 00

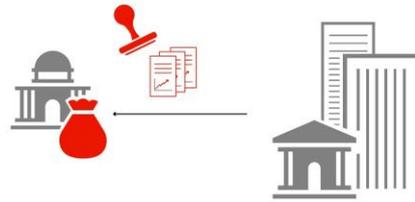
**Michaela Reimann**, Leiterin Public & Media Relations  
michaela.reimann@sba.ch | +41 58 330 62 55

**Serge Steiner**, Leiter Public & Media Relations  
serge.steiner@sba.ch | +41 58 330 63 95

[www.swissbanking.org](http://www.swissbanking.org) | [twitter.com/SwissBankingSBA](https://twitter.com/SwissBankingSBA)

## ANHANG

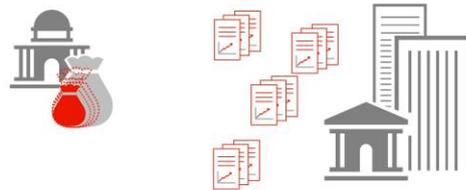
### Die Abschaffung der Stempelsteuer belebt die Schweizer Volkswirtschaft



Die Stempelabgaben verringern die Finanzmarktaktivität in der Schweiz.



Geschäfte finden dadurch vermehrt im Ausland statt.



Durch die Abschaffung der Stempelabgaben nimmt die Finanzmarktaktivität in der Schweiz zu.

Geschäfte fließen zurück in die Schweiz.



Infolge steigender Investitionen und den daraus resultierenden Wachstumsimpulsen steigen die Einkommen der Haushalte und deren Konsumausgaben.



Im Zuge der höheren gesamtwirtschaftlichen Dynamik kommt es zu einem Anstieg der Erwerbstätigkeit.



Die dadurch entstehenden Mehreinnahmen des Bundes kompensieren den Wegfall der Stempelsteuer.

Quelle: BAK Basel

© Schweizerische Bankiervereinigung SBVg 2018

Diese Infografik steht unter einer Creative-Commons-Lizenz: Namensnennung-Nicht kommerziell 4.0 International

